

Die Krise heißt Kapitalismus

**Antworten der DKP
auf die Probleme unserer Zeit**

DKP wählen und aktiv werden!



**Wahlprogramm der DKP
zu den Bundestagswahlen 2021**



Wahlprogramm der DKP zu den Bundestagswahlen 2021

**Gegen die Macht der Banken und Konzerne –
Für die Interessen der großen Mehrheit der
Menschen in diesem Land** **Seite 3**

**Gegen Krieg und Hochrüstung –
Für Frieden mit China und Russland!** **Seite 4**

**Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die
Werkstätigen – Die Reichen sollen zahlen** **Seite 6**

**Für eine Daseinsvorsorge ohne Profitmacherei –
Gesundheit ist ein Menschenrecht** **Seite 7**

Wohnen ist ein Menschenrecht **Seite 9**

Bildung ist ein Grundrecht **Seite 10**

Für die Rechte der Jugend **Seite 10**

**Für eine Kulturpolitik im Interesse
arbeitenden Menschen** **Seite 11**

Die Ungleichheit zwischen Ost und West beenden **Seite 12**

Gegen den Abbau demokratischer Rechte **Seite 13**

Gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung **Seite 14**

Stoppt die Profiteure der Umweltzerstörung **Seite 15**

Für den Sozialismus! **Seite 17**

**DKP wählen – Aktiv werden –
Für unsere Rechte kämpfen!** **Seite 19**

Weitere Information: www.dkp.de/wahlen | pv@dkp.de

Gegen die Macht der Banken und Konzerne

Für die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land

Das Wahljahr 2021 steht im Zeichen einer der heftigsten Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte. Die Coronapandemie hat diese Krise verstärkt und zugleich die Widersprüche im Kapitalismus für viele offensichtlich gemacht.

Bei der Pandemie-Bekämpfung ging es nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern um das Aufrechterhalten der Produktion und die Sicherung der Interessen des Monopolkapitals, der Banken und Konzerne. Inmitten der Pandemie wurden Krankenhäuser geschlossen oder privatisiert und Intensivbetten abgebaut. Ein flächendeckendes und schnelles Impfen und Testen wurde nicht organisiert. Stattdessen wurde das Privatleben der Menschen kontrolliert und drastisch eingeschränkt. Die Pandemiebekämpfung glich einer Notstandsübung.

Die Pandemie wurde zu massiven Angriffen auf die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen genutzt. Die Krisenlasten werden auf die Arbeiterklasse abgewälzt,

während Konzerne und Banken Milliarden geschenkt erhalten. Hunderttausende rutschen in Arbeitslosigkeit und Armut, viele können ihre Mieten und Heizkosten nicht mehr zahlen. Insbesondere Kinder und Jugendliche werden ihrer Perspektiven beraubt.

Zeitgleich erleben wir eine Verschiebung der weltweiten Kräfteverhältnisse. Die USA kämpfen gegen ihren Niedergang und rüsten mit ihrem westlichen Militärbündnis NATO immer aggressiver gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Die Kriegsgefahr ist dadurch enorm gewachsen. Europa kann zum Zentrum eines atomaren Schlachtfeldes werden.

Auch die ökologische Krise, verursacht durch Profitgier und kapitalistische Produktionsweise, bedroht die Lebensgrundlage der Menschen und verschärft sich angesichts der Ressourcenverschwendung immer weiter.

Immer deutlicher wird: Die Krise heißt Kapitalismus!

Nicht die Menschen sind relevant, sondern der Profit, dem alles untergeordnet wird. Eine kleine Minderheit steht gegen die Interessen der Mehrheit. Dieses System ist überlebt. Es bedroht Mensch und Natur. Die über 100 Jahre alte Aussage von Friedrich Engels, dass „die bürgerliche Gesellschaft ... vor einem Dilemma

(steht): entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“ ist heute so offensichtlich wie noch nie.

Gegen Krieg und Hochrüstung – Für Frieden mit Russland und China!

Seit 1990, seit dem Ende des Friedensstaates DDR, beteiligt sich Deutschland aktiv an der US-geführten Regime-Change-Politik, um Länder, die sich dem Imperialismus nicht freiwillig unterordnen, gefügig zu machen. Dafür stehen die Kriege zum Beispiel in Syrien, Jemen, Mali oder Iran. Dafür steht die Sanktionspolitik der USA, der

EU und der Bundesrepublik, die Länder mit ökonomischem Druck in die Knie zwingen und zerstören soll.

Diese Politik wird durch das Agieren der Russischen Föderation und der Volksrepublik China allerdings zunehmend erschwert. Russland und China sind zur Gefahr für die Dominanz des Imperialismus geworden. Bei wachsender Konkurrenz untereinander sind sich die Imperialisten deshalb einig in ihrem Feindbild und ihrer Herrschaftssicherung. Durch Truppenverlagerung auf dem Land und zu Wasser, das Aufkündigen von Abrüstungsverträgen und die Aufrüstung vor allem im atomaren Bereich werden Russland und die Volksrepublik China massiv bedroht.

Der aggressive NATO-Kurs, die militärische Einkreisung Russlands und Chinas wird ökonomisch durch Sanktionen und ideologisch durch massive Propaganda flankiert. Das alles ist mehr als Säbelrasseln, es ist Kriegsvorbereitung. In dieser Situation können auch kleinste Ereignisse kriegerische Auseinandersetzungen mit der Gefahr einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation auslösen.

In dieser gefährlichen Zuspitzung spielen die US-Atombomben im rheinland-pfälzischen Büchel und die nukleare Teilhabe der BRD eine Schlüsselrolle. Dafür steht das Bomberprogramm der Bundesregierung. Sie will 140 neue Bomber anschaffen, 30 davon



sollen Atombomben tragen und abwerfen können. Darüber hinaus wird von unserem Land der weltweite US-Militäreinsatz unter anderem über die Standorte Büchel und Ramstein koordiniert, die damit zu einem erstrangigen Ziel gegnerischer Militäreinsätze werden.

Deutschland marschiert hinsichtlich des Gegners im Gleichschritt mit der NATO. Gleichzeitig will es in der EU seine Führungsrolle bekräftigen und rüstet dreifach auf: Es zahlt in die Kriegskassen sowohl der NATO als auch der EU und arbeitet zudem an der eigenen Kriegsführungsfähigkeit.

Die Bevölkerung soll sparen, aber die Ausgaben für Rüstung und Krieg steigen so in diesem Land ins Unermessliche. Im Rahmen der NATO und für ihre Kriegsführung sollen sich die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nahezu verdoppeln. Seit 2014 sind die Rüstungsausgaben um 40 Prozent gestiegen. Für 2021 beschloss der Bundestag einen „Verteidigungshaushalt“ von knapp 47 Milliarden Euro. Die Hochrüstung verschlingt immense Summen, die in allen Bereichen des sozialen Lebens fehlen.

Die DKP fordert:

- **Runter mit der Rüstung – Das Geld für Bildung, Soziales und Gesundheit**
- **Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen gestoppt werden**

- **Stoppt das Bomberprogramm der Bundesregierung**
- **Deutschland muss raus aus der NATO – Die US-Atombomben müssen raus aus Deutschland – Büchel dichtmachen, Schließung aller Einrichtungen des US-Militärs und der NATO**
- **Schluss mit den Sanktionen durch USA, EU und BRD – Für antiimperialistische Solidarität!**
- **Frieden mit Russland und der VR China**

Der aggressive Weltmachtkurs des deutschen Imperialismus wird nach innen mit zunehmender Militarisierung abgesichert. Die Werbung für die Bundeswehr wird immer aggressiver, Bundeswehr und Bundeswehruniformen sollen im öffentlichen Raum genauso zur Normalität werden wie Bundeswehreinheiten im In- und Ausland.

Wir sagen: Keine Bundeswehreinheiten im Inneren, stoppt die Bundeswehrwerbung – kein Werben fürs Sterben. Keine Privilegien für Angehörige der Bundeswehr – egal ob in Uniform oder in Zivil.

Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen – Die Reichen sollen zahlen

In dieser tiefen Krise wird von der Politik alles getan, um die Interessen des Monopolkapitals zu schützen und seine Macht zu bewahren. Deutsche Banken und Konzerne wollen gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, was die Beschäftigten im Kapitalismus wert sind. Millionen Menschen wurden und werden in Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit

geschickt. Angeworbene Arbeiterinnen und Arbeiter in der Lebensmittelindustrie, in Schlachthöfen und der Landwirtschaft werden mit Werkverträgen noch stärker ausgebeutet, sind nicht sozialversichert und werden weit unter dem Mindestlohn bezahlt. Diejenigen, die im Gesundheits- und Bildungswesen, im Öffentlichen Personennahverkehr und im Einzelhandel beklatscht wurden, werden viel zu schlecht bezahlt. Die meisten von ihnen gingen auch bei den Tarifrunden in der Krise leer aus. Die Real-löhne sinken. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt es an Personal, dort steigen Arbeitszeiten und Stress.

Eine neue Privatisierungswelle ist in Gang gesetzt, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst. Die Corona-Pandemie wurde genutzt, um noch mehr öffentliches Eigentum, zum Beispiel im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen, zu privatisieren. Viele Kommunen sind durch Sparzwang und Schuldenbremse kaum noch handlungsfähig. In der Folge verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte, während die Preise für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge steigen.

Für viele Menschen reicht es nicht mehr zum Nötigsten. Sie können zum Beispiel wegen Lohnausfällen durch Kurzarbeit Miete und Strom, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kultur nicht mehr bezahlen. Auch



Menschen, die bisher zu den Gutverdienern gezählt wurden, geraten finanziell immer stärker unter Druck. Die Stahlindustrie droht mit dem Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, um Subventionen zu erpressen. Die Automobilindustrie lässt sich ihren Umbau von den Beschäftigten und Steuerzahlern finanzieren. Gewinner sind die großen Banken und Konzerne. Ihre Interessen werden von den Regierungen gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen durchgesetzt. Vor allem Jugendliche werden ihrer Zukunft beraubt. Immer mehr Kinder und Alte leben in Armut.

Die DKP fordert:

- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Schluss mit der Privatisierung; Für die Überführung der gesamten Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum**
- **Keine Subventionen für Konzernkassen und Aktionäre – Vergesellschaftung ist die Alternative**
- **Weg mit dem Hartz-IV-System – zeitlich unbefristete Zahlung von ALG I**
- **Für eine Rente, die ein Alter in Würde garantiert**
- **Verbot von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung; Verbot von Werkverträgen, wenn sie der Aushöhlung von Normalarbeitsverträgen dienen**

Für eine Daseinsvorsorge ohne Profitmacherei

Gesundheit ist ein Menschenrecht und gehört in öffentliche Hand

Die Corona-Pandemie hat die Missstände im Gesundheitswesen schockierend aufgedeckt und lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Das Gesundheitswesen gehört in öffentliche Hand.

Nach aktuellen Umfragen will ein Drittel aller Pflegekräfte den Beruf verlassen. Die ständige Überlastung macht krank. 600.000 Pflegekräfte arbeiten nicht mehr in ihrem erlernten Beruf. Um das zu stoppen braucht es bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, nicht nur in der Pflege, sondern in allen medizinischen Berufen. Dazu gehört an erster Stelle die Einführung einer gesetzlich verbindlichen Personalbemessung. Für die Altenpflege braucht es einen bundesweit einheitlichen Tarifvertrag mit guten Löhnen und Arbeitszeiten.

Im vergangenen Jahr sind über 20 Krankenhäuser geschlossen worden. Betten und Kapazitäten, die dringend benötigt werden, wurden abgebaut. Inmitten der Pandemie kündigten Krankenhauskonzerne Massenentlassungen von Servicekräften an. Wir brauchen eine wohnortnahe Krankenhausversorgung, kein Haus darf



schließen. Die größtenteils aus den Betrieben ausgelagerten Servicekräfte müssen wieder eingegliedert werden. Das Prinzip „1 Haus – 1 Arbeitgeber – 1 Tarifvertrag“ muss wieder durchgesetzt werden.

Mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG) ist Gesundheit zur Ware geworden. Allein im Pflegebereich wurden innerhalb von fünf Jahren 33.000 Stellen abgebaut. Die Fallpauschalen sind der große Privatisierungshebel. Kliniken, die am Personal sparen, machen Gewinne, wer gute Versorgung garantiert, schreibt rote Zahlen. Die Krankenhäuser müssen wieder in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle mit einer ausreichenden Finanzierung nach

dem Selbstkostendeckungsprinzip.

Der Spitzenverband der Krankenkassen handelt im Interesse der Arbeitgeberverbände. Er hat eine gesetzlich verbindliche Personalbemessung blockiert und verhindert. Seit Jahrzehnten wird die Einführung von Positivlisten von Medikamenten verweigert, um die Profite der Pharmaindustrie zu schützen. Hier könnte viel Geld gespart werden, das an anderer Stelle für eine gute Versorgung benötigt wird. Die Parität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Vorständen bedeutet in der Praxis, dass die Kapitalseite entscheidet. Wir brauchen einen Stopp aller Zuzahlungen für Medikamente, Hilfsmittel und stationäre Aufenthalte.

Wir wollen eine kostenlose Gesundheitsversorgung für alle. Dafür müssen der Gesundheitsschutz und die Gesundheitsversorgung wieder in unsere Hände, die Krankenkassen unter demokratischer Kontrolle der lohnabhängig Beschäftigten.

Corona hat einmal mehr gezeigt, dass eine Pandemie nur weltweit bekämpft werden kann. Impfstoffe müssen in allen Ländern allen Menschen zugänglich sein. Dafür brauchen wir die sofortige Aufhebung des Patentschutzes, damit die besten Impfstoffe in ausreichender Menge produziert und zur Verfügung gestellt werden können. Das Verhalten der Bundesregierung zeigt: die Profite der Pharmakonzerne

sind ihr wichtiger als der Gesundheitsschutz, Wir müssen unser Recht auf Gesundheit gegen Konzerne und Regierung durchsetzen.

Wohnen ist ein Menschenrecht – und gehört in öffentliche Hand

Privatisierung, gepaart mit der systematischen Vernachlässigung des „sozialen Wohnungsbaus“, macht menschenwürdiges Wohnen für immer mehr Menschen unbezahlbar. Kapitalistisch wirtschaftende Wohnungsbaukonzerne beherrschen den Markt und diktieren die Miethöhe. Sie versuchen schnellen Profit durch das Abwälzen der Kosten energetischer Modernisierungen auf die Mieterinnen und Mieter sowie die Umwandlung in Eigentumswohnungen zu erzielen. Selbst noch bestehende kommunale Wohnungsbaugesellschaften orientieren sich nicht am Bedarf der Menschen, sondern daran, wie aus den Wohnungen möglichst viel Profit herauszuholen ist. Neubau findet fast ausschließlich im oberen Preissegment statt.

Die DKP fordert das Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grund und Boden, von Privatisierung öffentlichen Wohneigentums und die entschädigungslose Enteignung privater Wohnungsgesellschaften.

Die DKP setzt sich für den Bau von über einer Million dringend benö-

tigter Wohnungen pro Jahr im Rahmen kommunaler Wohnungsbauprogramme ein, die zunächst in den besonders von Wohnungsnot und hohen Mieten betroffenen Städten gestartet werden sollen. Diese Wohnungen sollen vorrangig den Bedarf der Arbeiterklasse decken und ihr mit politisch festgelegten niedrigen Mieten zur Verfügung gestellt werden. Kommunale Wohnungen müssen – unter demokratischer Beteiligung der Öffentlichkeit an der Planung – von kommunalen Baubetrieben auf öffentlichen Grundstücken gebaut werden. Der Bestand an günstigem Wohnraum in öffentlichem Eigentum ist zu sichern und zu modernisieren. Die Kosten dürfen nicht auf die Mieter abgewälzt werden.



Eine demokratische städtebauliche Planung muss das Ziel haben, ein gemeinschaftliches soziales, kulturelles und sportliches Leben in den Wohngebieten zu entwickeln, die natürliche Umwelt schonend und lebenswert zu gestalten und ein gutes öffentliches Nahverkehrssystem in und zwischen den Städten und Gemeinden einzurichten.

Bildung ist ein Grundrecht – und gehört in öffentliche Hand

Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas deutlich gemacht: Das Bildungssystem und die dazugehörige Infrastruktur sind marode. Gute Bildung bekommt nur eine kleine Elite, in der

Regel Kinder und Jugendliche aus reichen Familien. Überfüllte Klassen, kaputte Gebäude, fehlende Technik, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, die am Anschlag arbeiten. Sie haben oft weder die Zeit noch die Ausbildung, um allen Kindern angesichts der Fülle der Probleme, die sich in Kita und Schule bündeln, gerecht zu werden.

Um eine gute Bildung für alle zu ermöglichen, brauchen wir ein einheitliches Bildungswesen von der Krippe bis zur Universität. Das Schulsystem muss sich an den früheren Konzepten der integrierten Gesamtschulen und an den Erfahrungen der DDR mit der polytechnischen Bildung orientieren. Die Klassengröße darf 20 Schülerinnen und Schüler nicht überschreiten.

Wir brauchen ein Konjunkturpaket, das den Investitions- und Reparaturstau in Schulen und Kindergärten schnellstmöglich beseitigt. Wir brauchen mehr und besser ausgebildetes Personal im Bildungswesen. Wir brauchen völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit auch für die technische Ausstattung für alle Schülerinnen und Schüler, für alle Studierenden.

Für die Rechte der Jugend

Die kapitalistische Krise, die Pandemie und ihre Nutzung zur Abwälzung der Krisenlasten treffen Jugendliche besonders hart. Jugendarbeitslosigkeit, feh-



lende Ausbildungsplätze oder deren mangelnde Qualität und schlechte Zukunftsperspektive sind eine Massenerscheinung.

Für Jugendliche und junge Erwachsene gilt zunehmend „Prekär ist das neue Normal“. Unsicherheit prägt die Perspektive. Qualifizierte Ausbildungsplätze sind rar. Die Übernahme nach der Berufsausbildung unsicher. Bereits vor der Krise prägten befristete Arbeitsverhältnisse die Situation vieler junger Menschen. Wir fordern ein Ausbildungsgesetz, das Betriebe verpflichtet, qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und das die Unternehmen zur unbefristeten Übernahme im erlernten Beruf verpflichtet.

Aber nicht nur in der Bildung, Berufsausbildung und im Beruf sind die Grundrechte der Jugend nicht realisiert. Auch die Freizeit von Kindern und Jugendlichen wird zunehmend kommerzialisiert, kostenfreie beziehungsweise kostengünstige Freizeiteinrichtungen werden abgebaut, von Selbstverwaltung und Selbstbestimmung ist schon lange nicht mehr die Rede.

Die DKP kämpft gemeinsam mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) für die Grundrechte der Jugend. Vor allem in den Kommunen müssen Jugendliche Zugang zu kostenfreien beziehungsweise günstigen Freizeit- und Kultureinrichtungen haben. Jugendliche brauchen dabei umfassende Möglichkeiten der Mitbestimmung beziehungsweise der Selbstverwaltung.

Für eine Kulturpolitik im Interesse der arbeitenden Menschen

Kunst und Kultur – was ist sie wert? Den Herrschenden offensichtlich nicht viel, oder besser: nur jene, die ihnen nutzt. Was schon vor der Pandemie in ein offensichtliches Prekariat mündete, führte in der Pandemie dazu, dass „Auf Kultur kann vorübergehend verzichtet werden“ zum Regierungshandeln wurde. Das kulturelle Leben im Lande wurde rigoros auf Eis gelegt, Jugend-, Bürger- und Vereinshäuser, die öffentlichen Bibliotheken, Kinos, Theater, Museen, Konzerthäuser und Kleinkunstabühnen wurden geschlossen. Allein TV und Internet waren verfügbar, also nur das, was steuerbar ist oder auf eigene Kosten ohne Einnahmen für die Kulturschaffenden war. Nur die wenigen großen „Leuchttürme“ der Kulturszene versuchten, mit Online-Formaten zumindest Lebenszeichen von sich zu geben. Hilfen für alle anderen? Unzureichend, bürokratisch mit dem Verweis auf Hartz-IV.

Ein Zurück zur „Normalität“ vor der Pandemie ist keine Lösung, denn die Situation der Kunstschaffenden und der Einrichtungen und Institutionen war schon immer prekär, ohne Absicherung in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen. Der Stellenwert, den Kunst und Kultur im öffentlichen Raum einnehmen müssten, um das Leben der arbeitenden Menschen sinnvoll und emanzipatorisch mitzugestalten, fehlt, wird geringgeschätzt, wird abgelehnt.

Wir fordern eine garantierte, langfristige Unterstützung für Institutionen und Einrichtungen, die den Auftrag der kulturellen Bildung ernst nehmen, die die aktive Teilnahme und Selbstbetätigung der Menschen, besonders der arbeitenden Menschen und ihrer Kinder, fördern. Die Mittel müssen in der Höhe und in ihrem Zeitraum so ausgestaltet sein, dass nicht nur die Schäden der Restriktionen aufgefangen werden können, sondern dass langfristig die Arbeit dieser Einrichtungen gesichert ist. Die Künstlerinnen und Künstler, die als „Solo-Selbstständige“ oder mit gelegentlichen Gastspiel-Verträgen oder ohne eigene Werkstätten ihre Arbeit herstellen und zeigen können, brauchen staatlich garantierte Leistungen, die ihnen ihre Arbeit ermöglicht und sichert.

Die DKP ist der Auffassung, dass das ganze Leben der Menschen, die Totalität aller seiner wirklichen und möglichen Zusammenhänge, Grundlage und Mittelpunkt einer den arbeitenden Menschen verpflichteten Kulturpolitik sein muss. Für diese Auffassungen und Forderungen kämpfen wir, möglichst gemeinsam mit vielen Künstlerinnen und Künstlern, mit möglichst vielen in der Kulturwirtschaft Beschäftigten, mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Gemeinsam wollen wir die Frage stellen: „Kultur ist, wie wir leben – welches Leben wollen wir?“

Die Ungleichheit zwischen Ost und West beenden – Gegen Antikommunismus

31 Jahre nach der Konterrevolution fühlen sich die Menschen in Ostdeutschland zu Recht immer noch als Bürger zweiter Klasse. Dafür stehen niedrige Löhne und Renten, längere Arbeitszeiten und politische Diskriminierung ihres Lebenswerkes.

Die Annexion der DDR wurde durch das bundesdeutsche Monopolkapital genutzt, um ihre industrielle Basis zu zerschlagen. Nur wenige Produktionsstätten überlebten, soziale und demokratische Errungenschaften der DDR wie das Bildungs- und Gesundheitswesen wurden zerschlagen. Die unterschiedlichen Bedingungen werden seitdem für Angriffe auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse in ganz Deutschland genutzt. Ohne die Annexion der DDR wäre die Agenda-Politik, unter anderem mit der Einführung der Hartz-Gesetze, nicht möglich gewesen.

Ideologisch wird dieser Angriff durch die Diskreditierung der DDR abgesichert. Jeglicher Gedanke an eine antikapitalistische Zukunft wird auch dadurch bekämpft, dass nach wie vor Menschen wegen ihres Engagements für die DDR mit Ausgrenzung, Berufsverboten und Strafrenten verfolgt und diskriminiert werden.

Wir fordern die sofortige Angleichung der Löhne, Renten und Arbeitszeiten

in Ost und West, Entschädigung für materielles Unrecht und die Aufhebung aller Strafrenten.

Schluss mit der Diskriminierung von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern. Schluss mit der antikommunistischen Hetze.

Gegen den Abbau demokratischer Rechte – Für Klassensolidarität!

Wir erleben eine umfassende Rechtsentwicklung, einen reaktionären Staatsumbau zur Sicherung der Herrschaft der Monopole. Kriegspolitik und die massiven Angriffe auf die Arbeiterklasse sollen abgesichert werden. Dazu braucht man die geschlossene Heimatfront: Die Beherrschten sollen die Ziele der Herrschenden als die ihren ansehen. Um das zu erreichen, werden Medien, Bildung und Kultur zunehmend instrumentalisiert.

Im Schatten der Corona-Pandemie wurden die Grundrechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, aber auch das Streikrecht massiv beschnitten. Überwachung und Schnüffelei in sozialen Medien wurden ausgebaut, Polizeigesetze verschärft. Die Arbeit antifaschistischer und demokratischer Organisationen und Medien wie der VVN-BdA, der Roten Hilfe oder der „jungen Welt“ wird erschwert und kriminalisiert. Der Bundeswehreininsatz im Innern – zum Beispiel durch Amtshilfe in den kaputtgesparten Gesund-

heitsämtern – soll zur Normalität werden.

Ein wesentliches Instrument zum Machterhalt ist die Spaltung. Überall – zum Beispiel auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt – werden Menschen gegeneinander ausgespielt. Rassismus und Nationalismus werden gezielt geschürt. Stammebelegschaften werden gegen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Kolleginnen und Kollegen mit Werkverträgen ausgespielt. Beschäftigte sollen in Erwerbslosen ihren Feind sehen, deutsche in ausländischen Kolleginnen und Kollegen; Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen. Dieser Spaltung müssen wir entgegenwirken. Es ist höchste Zeit, dass



sich die Arbeiterklasse formiert und geeint gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr setzt. Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften, die die Interessen der ganzen Klasse vertreten. Gewerkschaften, die nicht nur um höhere Löhne kämpfen, sondern auch für Frieden, gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus und den Abbau demokratischer Rechte. Wir brauchen Gewerkschaften, die die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen führen. Die Ideologie der Sozialpartnerschaft muss zurückgedrängt werden. Dafür setzen wir uns als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein.

Gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung

Der reaktionäre Staatsumbau setzt derzeit nicht auf Faschismus. Faschistische Organisationen und Parteien werden aber als Stichwortgeber und als Druckmittel genutzt, um die Politik im Sinne des Monopolkapitals zu sichern. Die rassistische und nationalistische AfD bildet ein Scharnier zwischen dem bürgerlichen und dem faschistischen Spektrum.

Artikel 139 des Grundgesetzes verpflichtet staatliche Institutionen auf Antifaschismus. Seit Jahrzehnten erleben wir stattdessen, wie staatliche Stellen, insbesondere deutsche Geheimdienste, auf dem rechten Auge blind sind und rassistische, nationalistische und faschistische Auffassungen und Organisationen verharmlosen oder direkt unterstützen. Dafür stehen der Umgang mit den NSU-Morden, die bis heute nicht aufgeklärt sind, und die ständige Wiederholung der Einzeltäterthese – ob bei Nazimorden oder der Vertuschung rechter Netzwerke in der Bundeswehr und im Polizeiapparat.

Antifaschistische Politik muss sich gegen die umfassende Rechtsentwicklung richten, also gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik, die Politik des Sozial- und Demokratieabbaus genauso wie gegen das Erstarken rassistischer, nationalistischer und faschistischer Organisationen und Parteien.



Wir fordern die Auflösung des sogenannten Verfassungsschutzes und das Verbot und die Auflösung faschistischer Organisationen.

Stoppt die Profiteure der Umweltzerstörung

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist massiv. Vor allem auch die Verschmutzung der Meere und das Artensterben sind Teil der Umweltverschmutzung.

Der durch Umweltzerstörung und kapitalistischen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen forcierte Klimawandel stellt die Menschheit vor enorme Herausforderungen zur Bewältigung dieser existenziellen Krise. Angesichts der verheerenden Auswirkungen von Rüstungsindustrie und Militär auf das Klima ist weltweite Abrüstung das Gebot der Stunde. Jede in Waffenproduktion, Rüstungsbeschaffung und Militärmanöver investierte Milliarde fehlt bei der Finanzierung effektiver Umweltschutzmaßnahmen.

Der Staat begegnet diesen Herausforderungen mit dem Bestreben der profitablen Absicherung der Verwertungsbedingungen insbesondere der Großkonzerne, der Entwicklung von Technologieführerschaft als nationalem Standortvorteil sowie dem Abwälzen von Umstrukturierungskosten auf die werktätige Bevölkerung.

Die Maßnahmen der Bundesregierung,

allen voran die CO₂-Steuer, werden die Umweltkatastrophe nicht aufhalten. Stattdessen dienen sie der Umverteilung von unten nach oben. Die Arbeiterklasse soll zahlen. Ein richtiges Instrument wäre hingegen die Streichung der massiven Subventionen im Bereich der fossilen Industrie und damit die Beschneidung der Profite der Konzerne.

Zentrale Eckpunkte einer Politik für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sind aus Sicht der DKP die notwendige Verkehrswende und eine Energiewende. Sie können nur gegen die Interessen mächtiger Teile des Monopolkapitals, unter anderem der Automobilindustrie und der Energiekonzerne, durchgesetzt werden.

Zentraler Punkt einer Verkehrswende muss das Recht auf Mobilität für alle durch die Sicherung und den Ausbau eines kostengünstigen beziehungsweise kostenlosen Nah- und Fernverkehrs sein. Dazu muss der Individualverkehr zurückgedrängt werden. Die Ablösung von Verbrennungsmotoren durch E-Autos ist eine Scheinlösung, die zwar die Profite der Automobilindustrie, nicht aber den nachhaltigen Schutz der Umwelt sichert. Zur Finanzierung dieses Umbaus sind die heutigen und vergangenen Profite der Automobilindustrie heranzuziehen. Mobilität ist eine öffentliche Aufgabe, deshalb sind alle Verkehrsbetriebe inklusive der Bahn in öffentliches Eigentum zu überführen. Für den Güterverkehr ist eine Verpflichtung des Transports über Schiff und Schiene ge-



setzlich zu regeln. Gütertransport mit LKW für Just-in-time-Produktion zerstört die Umwelt und wälzt die Lagerkosten auf die Steuerzahler ab.

Wichtiger Punkt einer Energiewende muss einerseits die Energieeinsparung durch energetische Sanierung des Wohnungsbestands ohne Abwälzen der Kosten auf die Mieterinnen und Mieter sein. Andererseits muss die Subventionierung von Energie für das Monopolkapital beendet werden. Energieherstellung und die Versorgung der Menschen mit Energie ist eine öffentliche Aufgabe. Die Unternehmen müssen vergesellschaftet werden. Entschädigungen werden nicht bezahlt, da diese Unternehmen

ihre Profite über viele Jahrzehnte zu Lasten der Menschen und der Umwelt erwirtschaftet haben. Die CO₂-Steuer wird abgeschafft, sie dient lediglich der Umverteilung von Unten nach Oben und nicht der Energiewende.

Der Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger und aus der Atomenergie ist notwendig, kann aber nur als ein gesamtgesellschaftlich geplanter Prozess vor sich gehen, der nicht auf dem Rücken der Werktätigen ausgetragen werden darf. Wie und wann welche Energieform abgelöst wird, welche Brückentechnologien dafür benutzt werden, muss im Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Debatte entschieden werden. Gleichzeitig müssen für die dort wegfallenden Arbeitsplätze Ersatzarbeitsplätze in zukunftsfesten, nachhaltigen Industrien geschaffen werden.

Wer soll das alles bezahlen? – Geld ist genug da!

Der Rüstungsetat ist in wenigen Jahren um über ein Drittel (!) gestiegen. Er liegt jetzt bei über 50 Milliarden Euro pro Jahr und soll weiter stärker steigen als alle anderen Etatposten der Bundesregierung. Viele Konzerne und Banken haben in der Krise und Pandemie ihre Gewinne gesteigert und Milliarden gescheffelt. Die Anzahl der Millionäre und Milliardäre in unserem Land wächst stetig – ebenso wie die Zahl der Menschen die in Armut ge-

drängt werden. Es ist genug Geld da, es muss nur anders verteilt werden.

Wir fordern die Senkung des Rüstungsetats und die Einführung einer Millionärssteuer. Wir fordern, dass Profite, die durch Bereicherung an Krise und Pandemie entstanden sind, beschlagnahmt werden.

Wir brauchen einen Umbau des Steuersystems, das Gewinne vor allem großer Konzerne stärker besteuert und Einkommen aus Lohnarbeit entlastet. Ein Steuersystem, das sich daran orientiert, Einnahmen zu erwirtschaften, um die Daseinsfürsorge zu finanzieren. Finanzspekulationen und Erbschaften müssen wieder wesentlich stärker besteuert werden.

Für den Sozialismus!

Die aktuellen Krisen des Kapitalismus sind keine Ausrutscher. Wir erleben eine allgemeine Krise des Kapitalismus, die den Eigentums- und Produktionsverhältnissen, der kapitalistischen Konkurrenz- und Profitlogik entspringt.

Ökonomische Krisen gehören zum Kapitalismus, die kapitalistische Konkurrenz und das Profitprinzip bedeuten immer auch Kriegsgefahr. Krisen wie die aktuelle Pandemie zeigen, wir brauchen gesellschaftliches Eigentum und eine gesamtgesellschaftliche Planung, die sich an den Interessen der Menschen und nicht an denen der Kapitalkistenklasse beziehungsweise des Monopolkapitals orientiert.

Dieser Teufelskreis kann nur durch grundlegende Veränderungen, durch Veränderungen der Eigentums- und Produktionsverhältnisse durchbrochen werden. Das Gegenmodell zum krisenhaften Kapitalismus sind gesellschaftliche Planung und gesellschaftliches Eigentum. Das Gegenmodell ist der Sozialismus.

Dafür kämpft die DKP. Sie steht in der Tradition von KPD und SED. 40 Jahre lang ist es im Osten des Landes gelungen, mit der Profitlogik zu brechen, einen antifaschistischen Staat aufzubauen, der den Menschen Arbeit, Bildung, Kultur und kostenlose Gesundheitsversorgung garantiert hat. Einen Staat, von dessen Boden kein Krieg ausging. Die DDR war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Es gibt



Schaut mal rein!

www.uzshop.de

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen • Bücher
Broschüren • Tassen • CDs • DVDs
Tragetaschen • Antiquariat und mehr

keinen Grund, sich für diesen Friedensstaat zu entschuldigen. Im Gegenteil gilt es jenen, die daran mitgewirkt haben, zu danken. 31 Jahre Konterrevolution haben all das zunichte gemacht, haben die Menschen der DDR in die Vergangenheit katapultiert und ihr Lebenswerk zerstört und diskreditiert.

Ein neuer Anlauf zum Sozialismus in Deutschland ist nötig. Er wird aus den Erfolgen und auch aus den Fehlern der DDR lernen. Er wird darauf aufbauen und zugleich anders sein. Sein Wesen wird darin bestehen, dass die arbeitenden Menschen, Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende, Handwerker, Bauern, Kulturschaffende usw., die gesellschaftliche Macht ausüben und diese nutzen, um das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, an

den Banken, an Grund und Boden herzustellen und zu verteidigen. Dadurch kann das Recht auf Arbeit für alle gesichert werden. Auf Basis dieses gesellschaftlichen Eigentums wird eine Gesellschaft und deren Ökonomie errichtet, deren Ziel eine gerechte Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen im Einklang mit der Natur und ohne die Ausbeutung anderer Völker ist. Unser Anspruch an Demokratie ist, dass sie nicht am Werkstor aufhört. Alle Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Ökonomie, der Entwicklung des Verhältnisses von Mensch und Natur werden durch demokratische Prozesse gesichert und kontrolliert. Das erfordert einen revolutionären Bruch mit den heutigen kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Das ist unser gesellschaftliches Ziel.



6 Wochen
kostenlos
testen!

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
E-Mail: abo@unsere-zeit.de

DKP wählen – aktiv werden – Für unsere Rechte kämpfen!

Mit diesen Positionen zur Bundestagswahl hat die DKP ein Alleinstellungsmerkmal. Sie kandidiert gegen CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Sie stellt auch eine Alternative zur Partei „Die Linke“ dar, die ihre Positionen nicht zuletzt in der Friedenspolitik zunehmend aufweicht und immer stärker auf Parlamentarismus und das Mitregieren orientiert. Der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus steht nicht mehr auf der Agenda der Linkspartei.

Eine Stimme für die DKP ist eine klare Aussage für eine radikal fortschrittliche Politik. Die DKP kandidiert zu den Wahlen, um ihre Positionen zu ver-

breiten und um mehr Menschen für den antimonopolistischen Kampf, den Kampf gegen die Macht der Banken und Konzerne und für die Interessen der Mehrheit der Menschen zu mobilisieren. Dieser Kampf wird in erster Linie auf der Straße und nicht allein in Parlamenten geführt. Deshalb sind wir aktiv in Kommunen, Gewerkschaften und Betrieben.

Wir kandidieren, um den Menschen in diesem Land die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme gegen Krieg und Kapitalismus abzugeben. Wir kandidieren auch, um unsere Organisation, die Kommunistische Partei in diesem Land, zu stärken. Sie wird gebraucht. Unterstützt uns, die Kommunistinnen und Kommunisten!

Ich möchte

- weitere Informationen über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden
- Ich möchte die die UZ – Wochenzeitung der DKP – 6 Wochen probelesen (Print- und Online). Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.



Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

**Zurück an: DKP, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
E-Mail: pv@dkp.de • Tel.: 0201 17788920**

Bertolt Brecht: Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.

Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen. Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.

Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig. Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.

Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen. Aber wir wissen: Er ist das Ende der Verbrechen. Er ist keine Tollheit. Er ist nicht das Chaos, sondern die Ordnung.

Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.

dkp.de

